

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Neustart fürs Berliner Zentrum: Ab in die Mitte und durch sie hindurch

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Berliner Zentrum von der Spree im Norden und Osten über die Axel-Springer-Straße, die Rudi-Dutschke-Straße im Süden bis zur Stresemann- und Ebertstraße im Westen ist zugleich Visitenkarte und Herzstück der Stadt. Seit der Wiedervereinigung hat sich das Gebiet sehr dynamisch entwickelt. Zugleich sind die Aufenthaltsqualität und die Verkehrswege innerhalb und durch das Zentrum teilweise mangelhaft. Das ist das Ergebnis der Fehlplanungen des Berliner Senats, der sich regelmäßig nur auf einzelne Orte und Straßen konzentriert, anstatt eine integrierte Planung für das Berliner Zentrum vorzulegen.

Bis zur Vorlage eines Aufenthalts- und Verkehrskonzepts, das die historischen, kulturellen und touristischen Orte verbindet, den Einzelhandel stärkt und leistungsfähige Verkehrsbeziehungen für den Fuß-, Rad-, Auto- und Lieferverkehr sowie den ÖPNV ermöglicht, wird der Senat zu folgenden Maßnahmen aufgefordert:

- Verfahren, die den Gestaltungsspielraum für das Berliner Zentrum einengen könnten, werden ausgesetzt. Dazu gehören u.a. das Teileinziehungsverfahren der Friedrichstraße, die Umgestaltung der Charlottenstraße in eine Fahrradstraße sowie die Straßenbahn durch die Leipziger Straße.
- Die Erforderlichkeit der Sperrung der Wilhelmstraße an der Britischen Botschaft wird überprüft; die Sperrung ist nach Möglichkeit aufzuheben.
- Die Friedrichstraße wird umgehend in den Zustand vor dem Verkehrsversuch zurückgeführt, um Rechtssicherheit zu schaffen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2022 zu berichten.

Begründung

Berlins Zentrum braucht einen Neustart. Der Senat hat in den letzten Jahren für die Entwicklung des Berliner Zentrums eine Politik der kleinen Schritte gewählt, die sich aus ideologischen Gründen lediglich auf einzelne Straßenabschnitte konzentriert hat, ohne eine gesamthafte Betrachtung der Verkehrsströme, Stadtentwicklung und kulturellen Wirkung für das Gebiet in den Blick zu nehmen. Das beste Beispiel ist die Friedrichstraße, die inzwischen seit mehr als zwei Jahren Austragungsort rot-grüner Experimente ist und den Steuerzahler unnötig Geld gekostet hat. Die Friedrichstraße lädt schon längst nicht mehr zum Flanieren und Verweilen ein. Anwohnerinnen und Anwohner klagen über die Verschlechterung der Lebensqualität vor Ort durch zum Beispiel das erhöhte Verkehrsaufkommen in den Nebenstraßen. Viele Geschäfte mussten wegen Umsatzrückgang und fehlender Kundschaft schließen. Die Situation für die Gewerbetreibenden ist dramatisch. Das hat auch die Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 2022 ([Vgl. Wortprotokoll WiEnBe 19/8](#)) gezeigt.

Es ist zu bezweifeln, dass sich die grundlegende Situation vor Ort mit der geänderten Teileinziehung zugunsten des Lieferverkehrs verbessern wird. Hinzu kommt die rechtliche Ungewissheit, ob die Ermächtigungsgrundlage tatsächlich rechtskonform ist, mit dem der Ausschluss des Autoverkehrs in der „Flaniermeile Friedrichstraße“ angeordnet wurde (§ 45 Abs. 1b Nr. 5 StVO, Vgl. [Drucksache 19 / 12 819](#)). Das Urteil des Verwaltungsgerichts steht dazu noch aus.

Statt weiterhin verbohrt an der gescheiterten „Flaniermeile“ mittels immer neuer rechtlicher Verfahrensregelungen festzuhalten, wäre es vernünftiger, die Friedrichstraße vorläufig wieder in den Zustand vor dem Verkehrsversuch zurückzuführen. Ohne das Vorliegen eines integrierten Aufenthalts- und Verkehrskonzepts sind schwerwiegende Eingriffe in das Berliner Zentrum zu unterlassen.

Es ist an der Zeit, Berlins Zentrum neuzudenken. Ein Aufenthalts- und Verkehrskonzept, das die historischen, kulturellen und touristischen Orte verbindet, den Einzelhandel stärkt und leistungsfähige Verkehrsbeziehungen für den Fuß-, Rad-, Auto- und Lieferverkehr sowie den ÖPNV ermöglicht, bietet dazu die Chance. Auch kann über diesen Prozess eine nachhaltige und tragfähige Lösung für Berlins „Flaniermeile“ gefunden werden. Die Zukunft der Friedrichstraße entscheidet sich an der Frage, wie wir Berlins Zentrum gestalten wollen.

Berlin, den 27.09.2022

Czaja, Reifschneider
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin